

Niederschrift

zur 47. Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree (Wahlzeit 2014/2019)

Sitzungsdatum	Sitzungsdauer	Sitzungsort
Dienstag, den 16.01.2018	18:30- 21:55 Uhr	Festsaal des Alten Rathauses

Anwesenheit

Vorsitz

Jens-Olaf Zänker,

Fraktion DIE LINKE.

René Benz,

Stephan Wende,

CDU/FDP-Fraktion

Eberhard Henkel,

Jens Hoffrichter,

Bündnis Fürstenwalder Zukunft (BFZ)

Thomas Fischer,

SPD-Fraktion

Klaus Hemmerling,

Jürgen Luban,

Alternative für Deutschland (AfD)

Lars Aulich,

Sachkundige EinwohnerInnen

Ismail Al Kayed,

Heinz Almes,

Rolf-Peter Hooge,

Heinz-Georg Lehmann,

Bernd Saliter,

Gordon Starcken,

Verwaltung

Dr. Eckhard Fehse, Erster Beigeordneter,

Christfried Tschape, Fachbereichsleiter Stadtentwicklung,

Jeannine Albrecht, Fachgruppenleiterin Stadtplanung,

Carsten Fettke, Fachgruppenleiter Bau- und Liegenschaftsmanagement,

Robert Kaul, Fachgruppenleiter Kultur und Sport,

Marco Witte als Protokollant,

Gäste

Manja Wilde Märkische Oderzeitung,

sowie vier Bürgerinnen und Bürger.

Abwesend

Bündnis Fürstenwalder Zukunft (BFZ)

Kai Hamacher,

CDU/FDP-Fraktion

Rolf Hilke.

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Herr Hamacher kann an der heutigen Sitzung nicht teilnehmen, daher übernimmt sein Stellvertreter, Herr Zänker, den Vorsitz. Er eröffnet die Sitzung um 18:30 Uhr.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit

Die ordnungsgemäße Ladung wird festgestellt, es sind neun stimmberechtigte Mitglieder anwesend. Damit ist der Ausschuss beschlussfähig.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird einstimmig festgestellt.

Zustimmung Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 4 Bestätigung der Niederschrift vom 14.11.2017

Die Niederschrift wird bestätigt.

Zustimmung Ja 6 Nein 0 Enthaltung 3 Befangen 0

TOP 5 Informationen des Vorsitzenden

Da der Vorsitzende nicht anwesend ist, gibt es keine Informationen.

TOP 6 Informationen und Anfragen aus Beiräten

Es gibt keine Informationen oder Anfragen aus Beiräten.

TOP 7 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

TOP 8 Behandlung der Tagesordnung des öffentlichen Teils der Sitzung

TOP 8.1 Auswertung und Handlungsempfehlungen für die Fürstenwalder Sport- 6/DS/638 stätten (Abschluss Phase 2 des Sportentwicklungskonzeptes) (BE: Hr. Kaul)

Herr Tschepe führt ein, dass der Vortrag über das Sportstättenentwicklungskonzept in der Sitzung des Ausschusses für Kultur, Sport, Soziales und Gleichstellungsfragen am 11.01. durch Herrn Haase (Planer) gehalten wurde. Da Herr Haase heute nicht die Möglichkeit hat, dem Ausschuss die Ergebnisse selbst zu präsentieren, wird Herr Kaul, Fachgruppenleiter Kultur und Sport, stellvertretend die Inhalte wiedergeben und für Fragen zur Verfügung stehen.

Herr Kaul wiederholt kurz die Bilanzierung der in der ersten Phase ermittelten Sportanlagenbestände und -bedarfe. In der nun beendeten zweiten Phase des Konzeptes folgen die konkreten **Maßnahmenempfehlungen**. Die als Basis dienende prognostizierte Entwicklung der Einwohnerzahl musste geschätzt werden, da bei Erarbeitung die aktuelle Prognose noch nicht vorlag. Die Zahlen unterscheiden sich jedoch nur unwesentlich voneinander. Ziele der Maßnahmenkonzipierung waren die Beseitigung von Ausstattungsdefiziten und -überangeboten an Sportstätten, die Konzentration und Bündelung der Sportanlagen, die Optimierung der organisatorischen Abläufe und die Instandhaltung und Sanierung der Anlagen. Dies wurde nach den drei Stadtteilen getrennt untersucht. Herr Kaul stellt die wesentlichen Inhalte vor.

In **Süd** soll am Pneumant-Sportforum (Siegfried-Hirschmann-Straße) eine Bündelung der Angebote erfolgen: die Installation von witterungsunabhängigen Kunstrasenplätzen, der Anbau eines Sanitär- und Umkleidetraktes an die Sporthalle, eine Multifunktionsfläche und die Erweiterung des Parkplatzes. Mit dem Neubau der Spree-Oberschule (Beeskower Chaussee) will der Landkreis zudem eine neue Sporthalle errichten.

In **Mitte** konzentrieren sich die Maßnahmenvorschläge rund um die EWE-Sporthalle (Frankfurter Straße): eine Sandgrube für Beachvolleyball, Kugelstoßen und Weitsprung, eine Multifunktionsfläche sowie die Sanierung der Laufbahn. Die Rahn-Schule plant am Goetheplatz ebenso eine neue Sporthalle zu errichten. Am Friesenstadion (Hangelsberger Chaussee) soll ein neuer Kunstrasenplatz entstehen und auf dem Vorplatz ein gesonderter Parkplatz.

In **Nord** soll das Harbigstadion (Karl-Liebnecht-Straße) verändert werden: Die Tischtennishalle soll zurückgebaut, dafür ein Multifunktionsgebäude neu errichtet werden. Auch ein Parkplatz wird empfohlen. Einige empfohlene Maßnahmen, wie die Sanierung des Rasenplatzes, sind zwischenzeitlich schon umgesetzt worden. An der Großen Freizeit soll der Fußballplatz zu einer Multifunktionsfläche umgebaut und auch die Skateranlage umgestaltet werden. Für die Sportstätte an der Hegelstraße (Edis-Arena) werden ähnliche Maßnahmen wie an der Frankfurter Straße empfohlen.

Für den **Wassersport** werden dezentrale Lösungen empfohlen (Standorte 3, 4 und 6). Das Ruderzentrum könnte am jetzigen Standort (Nr. 3) verbleiben, während die Drachenbootfahrer zum Jagdschloss (Nr. 4) verlegt werden. Ein Wasserwanderplatz könnte als Teil der Campingplatzplanung Richtung Rauensche Ziegelei (Nr. 6) errichtet werden. Ohne den Wassersport liegen die geschätzten Kosten für die Umsetzung der Empfehlungen bei zusammen 5,3 Mio. Euro.

Herr Wende bedauert, dass zum einen die vorgelegten Ergebnisse insgesamt bereits bekannt gewesen sind und zum anderen der Sportstandort Fürstenwalde durch die Empfehlungen nur wenig voran gebracht würde. Er vermisst insbesondere Aussagen zu **Randsportarten** (z.B. Boxen, Radsport) und fragt nach der Priorisierung.

Herr Tschepe führt aus, dass das Konzept an mehreren Stellen mit den INSEK-Schwerpunkten übereinstimmt, wobei Herr Wende bemerkt, dass die Diskussionen rund um den Bildungscampus Nord bereits weiter gediehen waren als im Konzept. Herr Tschepe sagt, dass sich die betrachteten Flächen in Teilen überlagern, aber die Flächenausgestaltung differenzierter ist. Die höchste Priorität hat die Sicherstellung des Schulsports. Über die Maßnahmen für Freizeit- und Vereinssport kann diskutiert und gleichzeitig können Maßnahmen identifiziert und Details geklärt werden. Herr Kaul ergänzt, dass das Papier erst seit einer Woche vorliegt und auch seitens der Verwaltung darüber noch **Gesprächsbedarf** besteht.

Herr Wende erkundigt sich nach dem geplanten weiteren **Vorgehen**. Herr Tschepe sagt, dass es sich nicht um einen verbindlichen Beschluss handelt. Anhand der identifizierten Sportstättenmängel folgen nun die konkreten Planungen.

Herr Hoffrichter gibt zu bedenken, dass nicht jede Sportstätte für den Schulsport geeignet ist. Dieser nutzt nur Hallen und Plätze. Aktuelle **Tendenzen** im Sport müssen erkannt und entsprechende Angebote gemacht werden. Würde bspw. in Fürstenwalde ein Handballverein mit allen Jahrgängen aufgebaut, könnte dieser allein eine Halle komplett belegen. Herr Tschepe findet es aus diesem Grund sinnvoll, Sportangebote zu konzentrieren. Sport erzeugt Emissionen und ist deshalb nicht unbegrenzt verträglich mit umliegender Wohnnutzung. Der Schulsport ist eine Pflichtaufgabe, Trends müssen und können berücksichtigt werden.

Herr Hemmerling gibt Herrn Wende Recht. Es handelt sich lediglich um eine Bestandsaufnahme und die Überholungsbedürftigkeit war auch vorher schon bekannt. Er meint, es wurde in der Vergangenheit zu viel gespart. Im Konzept ist kein Trend erkennbar, es gibt bestenfalls Anregungen. Beim Thema Wassersport hätte er sich konkretere Handlungsempfehlung gewünscht. Es müsse auch darum gehen, ein **touristisches Angebot** zu etablieren – andere Gemeinden haben hier einigen Vorsprung. Er unterstützt auch die Einrichtung eines Radsportzentrums. Herr Tschepe meint, die Bestandsanalyse ist sinnvoll und der Abgleich mit den Anforderungen führt zu objektiven Ergebnissen. Es wurde insgesamt ein guter bis sehr guter Zustand der Sportstätten festgestellt. Die Aussagen zum Wassersport sind für ihn allerdings auch unbefriedigend, möglicherweise gibt es aber auch keine andere Lösung als den dezentralen Ansatz.

Herr Wende sagt, die Abgeordneten hätten sich einen **Plan zur Umsetzung** gewünscht. Beim Beispiel Radsport bemerkt er, dass eine gute Radverkehrssituation im Allgemeinen gewünscht wird, auch für mögliche Trainingsstrecken. Hierzu können dem Konzept nicht viele Punkte entnommen werden. Er empfiehlt, den Beschlussvorschlag nicht zu beschließen. Das Konzept ist bestenfalls Ausgangspunkt, beinhaltet aber keine konkreten Aussagen. Der Schulsport als Ausgangspunkt ist richtig, aber die Rahmenlehrpläne sind stark ausgedünnt worden. Die Größenordnung der Bewegungsspiele ist unbestimmt und hängt von den örtlichen Angeboten ab.

Herr Fischer meint, es sei nur wenig übrig von einem erhofften Sportentwicklungskonzept. Die Konzentration auf die Sportanlagen ist zudem sehr bestandsaffin. Es besteht ein hoher Standard, es sollte aber auch eine maßvolle Weiterentwicklung in Bezug auf andere Entwicklungen erfolgen. Das Vorhandensein vieler Anlagen erzeugt auch **Folgekosten**. Die Bestandsanalyse ist gut, aber die Prioritätenliste sollte weitergedacht werden. Er kritisiert, dass die Konzentration der Anlagen an der Peripherie zur Verkehrserzeugung beiträgt. Positiv hebt er den Campingplatz mit dem Wassersportzentrum, möglicherweise ergänzt um ein Strandbad, hervor.

Herr Zänker fragt, nach der **Kosteneinsparung** bei Kunstrasen, welche wohl nur bei Steigerung der Auslastung sinnvoll ist. Herr Kaul sagt, dass ein Kunstrasenplatz besser ausgelastet sein muss, um sich zu amortisieren. Allerdings könnte bspw. der Fußball auch im Winter draußen stattfinden, wodurch gleichzeitig Freiräume in den heute stark ausgelasteten Hallen entstehen würden.

Herr Hoffrichter fragt, ob es auch eine **dritte Phase** geben wird, was Herr Kaul verneint. Herr Zänker fragt, wie die Ansätze zur Weiterbearbeitung des Dokuments aufgegriffen werden. Herr Tschepe sagt, dass die Anregungen aufgegriffen werden können. Weitergehende Vertiefungen und Ergänzungen können noch erfolgen. Herr Luban meint, Fürstenwalde steht bei den Sportstätten gut da, weitergehende Gedanken sind dennoch gut und richtig. Herr Wende bemerkt, dass alle Maßnahmen etwa 6 Mio. Euro kosten, was auf Jahre andere Maßnahmen blockieren würde. Er empfiehlt auch eine Befragung der Sportlehrer.

Herr Hoffrichter sagt, dass die 5,5 Mio. Euro auch **Sowieso-Kosten** (Sanierung zum Erhalt) beinhalten und regt eine derartige Aufteilung der Kosten an. Niemand wünscht sich einen Sanierungsstau. Herr Fischer meint, dass dringende Sanierungen immer erfolgen werden. Der Erhalt geht immer vor Neubau und wird auch ohne Beschluss erfolgen. Herr Tschepe merkt an, dass neben dem Erhalt in Einzelfällen auch Ersatzneubauten oder die Aufgabe empfohlen wird. Dies ist ein Qualitätsmerkmal des Gutachtens.

Herr Wende beantragt die Änderung des Beschlussvorschlages. Diesem Antrag wird gefolgt, der geänderte Beschlussvorschlag wird der Stadtverordnetenversammlung einstimmig zur Annahme empfohlen.

Geänderter Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den in der Anlage zu dieser Drucksache enthaltenen Maßnahmenkatalog der Idas Planungsgesellschaft mbH für die Fürstenwalder Sportstätten für die weitere Debatte zur Kenntnis. Die Verwaltung wird beauftragt im Jahr 2018 einen konkreten Maßnahmenplan mit kurz-, mittel- und langfristigen Zielen der Stadtverordnetenversammlung und ihren Gremien zur Beschlussfassung vorzulegen.

Zustimmung mit Änderung Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Herr Dr. Fehse trägt die wesentlichen Punkte zum Beschluss mittels einer Präsentation vor. Den erwarteten Erträgen von 60,6 Mio. Euro sollen in diesem Jahr 57,2 Mio. Euro Aufwendungen gegenüberstehen. Die Einzahlungen werden mit 57,7 Mio. Euro, die Auszahlungen mit 53,3 Mio. Euro angesetzt, sodass eine Kredittilgung in Höhe von 4,2 Mio. Euro geleistet werden kann und noch ein geringer **Überschuss** bleibt.

Die Haupteinnahmequellen sind die Gewerbesteuer sowie die allgemeinen Schlüsselzuweisungen des Landes, welche allerdings geringer sind als die Kreisumlage, sodass hier auch anderes Geld abfließt. Für die Erstellung genereller Pläne stehen nach 185.000 Euro (2016), 340.400 Euro (2017) im Jahr 2018 336.400 Euro zur Verfügung. Weiterhin ist eine zusätzliche **Stelle** in der Fachgruppe Stadtplanung geplant. Das Ergebnis hat sich durch das Konjunkturpaket II verbessert. Im Jahr 2019 wird allerdings ein Minus erwartet – hier muss im nächsten Haushalt noch nachjustiert werden. Beim Produkt Stadtentwicklungsprogramme spielen Stadtumbau, ASZ und Soziale Stadt die wesentlichen Rollen, während die Sanierungsgebiete nur noch endabgerechnet werden.

Für 2018 sind in folgenden Projekten im Fachbereich Stadtentwicklung **Investitionen** in Größenordnung von insgesamt knapp 8 Mio. Euro vorgesehen: Sanierung Jagdschloss mit Außenanlagen, Unterstützung Sanierung Aufbaus Schule, Erweiterung der Theodor-Fontane-Grundschule, Erweiterung und Sanierung der Gerhard-Goßmann-Grundschule, Gebäudeumbau zu einem soziokulturellen Zentrum (Trebuser Straße 60), Hortneubau für die Sigmund-Jähn-Grundschule, Erwerb Grundstück Eisenbahnstraße 118, Wegeleit- und Informationssystem, einschließlich der Vereinheitlichung der Fahrradabstellanlagen in den Geschäftsstraßen, abschließbare Fahrradboxen auf der Nordseite des Bahnhofs, Verkehrsflächen Paradeplatz, Schulstraße und Domplatz, Weiterführung der Marktumgestaltung, Erschließung Krausestraße (Planung), Erschließung Ketschendorfer Feldmark II, Ausbau östliche Lindenstraße (Umsetzung), Richard-Tauber-Straße (Planung), Am Bahndamm (Planung), 2. Stichweg Rauener Kirchweg (Planung), Regenentwässerung in den Bereichen Alte Petersdorfer Straße und Luchweg; Henry-Hall-Straße II (Planung) sowie Bushaltestellen.

Herr Fischer regt folgende Ergänzungen an: Maßnahmen an der bisherigen Baustraße (verl. Siegfried-Hirschmann-Straße), Festplatz und Erschließung Altstädter Platz. Herr Tschepe sagt, dass beim Thema **neuer Festplatz** für das Jahr 2018 Untersuchungen vorgesehen sind und die Realisierung für 2019 oder 2020 angedacht ist.

Für die Nachnutzung der **Baustraße** als Geh- und Radweg erfolgen derzeit Untersuchungen. Für den Bereich südlich des Parkplatzes ist die Reduzierung auf 3,50 m Breite vorgesehen. Die meisten Medienträger haben keine Probleme mit der Weiternutzung bzw. machen dafür nur kleinere Auflagen. Derzeit findet die Prüfung der Eingaben statt. Eine Lösung mit dem Landesbetrieb wird angestrebt. Konflikte mit dem Planungsrecht werden nicht gesehen, diese würden nur bei der Nutzung durch Kfz bestehen. Herr Benz würde den Erhalt des Asphaltbandes, so wie es ist, begrüßen. Hier sieht Herr Tschepe die Gefahr der illegalen Nutzung durch Kfz, zudem stellt es eine erhöhte Versiegelung dar und überdeckt in Teilen Wasser- und Abwasserleitungen. Herr Fischer fragt nach den für die Verschmälerung erforderlichen Umbaukosten. Für die Nutzung als Skater- und Radtrainingsstrecke wäre die größere Breite sinnvoll. Die Belastung durch Fuß-, Rad- und Skaterverkehr ist gering. Herr Tschepe wiederholt, dass der Zweckverband (ZVWA) diese Auflage gemacht hat, da dieser die Gefahr der Kfz-Fehlnutzung sieht. Darüber hinaus würde der Erhalt in voller Breite höhere Unterhaltungskosten nach sich ziehen. Herr Wende regt ein direktes Gespräch mit dem ZVWA an, in dessen Folge möglicherweise ein anderes Ergebnis erzielt wird. Er bemerkt, dass es sehr wirksame Maßnahmen zum Ausschluss des Kfz-Verkehrs gibt.

Beim Thema **Altstädter Platz** informiert Herr Tschepe, dass konkrete Detailplanungen ausstehen. Geplant sei eine erneute Öffentlichkeitsbeteiligung mit einem neuen Konzept. Dieses sieht eine Baustraße über den Platz vor, dadurch könnte die Neugestaltung erst anschließend erfolgen. Hierzu sollen Diskussionen mit Anwohnern stattfinden.

Herr Wende findet die Gegenüberstellung der **Kreisumlage** und der Schlüsselzuweisung sehr interessant und fragt, ob das Missverhältnis ein allgemeiner Trend ist. Herr Dr. Fehse sagt, dass es hierbei innerhalb des Kreises ein West-Ost-Gefälle gibt, so zahlen Fürstenwalde und Beeskow mehr in die Kreisumlage ein als sie als Schlüsselzuweisung bekommen, im Osten ist es anders.

Die Steigerung der Kosten für **Pläne und Konzepte** sind, so Herr Wende, positiv zu bewerten, da eine gute Vorbereitung in der Regel immer ein besseres Ergebnis bringt. Er fragt nach den konkreten Plänen und ob die geplanten Summen mit der Erwartungshaltung übereinstimmen würden. Herr Dr. Fehse sagt, dass eine Detailaufstellung der Pläne möglich ist. Beim Thema Radwegekonzeption bemängelt Herr Wende, dass zwar die Mittel da sind, aber keine Maßnahmen stattfinden.

Herr Wende vermisst diverse **weitere Punkte**, welche durch Herrn Dr. Fehse gleich geklärt werden: Die Grundschulentwicklungskonzeption wurde nicht angemeldet, für die Sportstätten wird Geld ausgegeben, wie z.B. für die Aufstockung an der Pneumant-Halle und Maßnahmen im Harbigstadion und die Altbauerhaltungssatzung wird mit den Änderungsblättern ergänzt. Herr Tschepe ergänzt, dass das Klimaschutzkonzept fest in den Drucksachen verankert ist und beim Thema Biodiversität bislang die rechtssicheren Grundlagen zum Ausreichen der Gelder fehlen. Das Geld ist aber vorgesehen.

Herr Wende meint auch, dass der Ausbau der **Mitschurinstraße** wegen des Bürgerbegehrens eher erfolgen sollte, wobei Herr Tschepe feststellt, dass es von den Anliegern noch kein Gesamtvotum, sondern nur Einzelaussagen gibt. Hier könnte der Ausschuss auch eigenständig entscheiden.

Für das **soziokulturelle Zentrum** stehen laut Herrn Wende unterschiedliche Summen im Raum, insbesondere unter Berücksichtigung der Forderung des Landkreises nach einem zweiten Rettungsweg sind die geplanten 100.000 Euro zu wenig. Herr Dr. Fehse bemerkt, dass kleinere Planungen für weniger Geld erfahrungsgemäß oft schneller umzusetzen sind, als lang andauernde Großplanungen. Das Gros der Maßnahmen ist für das Jahr 2019 vorgesehen. Generell merkt er an, dass das Vorziehen einzelner Projekte automatisch dafür sorgen würde, dass andere Dinge zurückfallen.

Die **Stellenaufstockung** bei der Fachgruppe Stadtplanung begrüßt Herr Wende, bedauert aber, dass die neuen Stellen bei den Fachgruppen Bau- und Liegenschaftsmanagement und Straßen und Grünflächen nur temporär für eine Entlastung sorgen, da andere Stellen wegfallen sollen. Herr Dr. Fehse bemerkt, dass bei diesen der Kann-weg-Vermerk später auch gestrichen werden könnte. Auf Herrn Almes Frage nach der Berücksichtigung von Ausbildungsplätzen im Stellenplan antwortet Herr Dr. Fehse, dass Auszubildende grundsätzlich nicht im Stellenplan auftauchen. Bei der Stadtverwaltung beginnen jährlich ein oder zwei Azubis ihre Ausbildung.

Der Beschlussvorschlag wird zur Annahme empfohlen.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree beschließt die Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2018 einschließlich der Änderungsliste.

Zustimmung Ja 6 Nein 0 Enthaltung 3 Befangen 0

Herr Wende zeigt sich erstaunt, da in früheren Jahren immer **zwei Lesungen** vor der Abstimmung stattfanden. Herr Dr. Fehse sagt, dies war nur einmal der Fall. Herr Fischer merkt an, dass in diesem Jahr nur eine Ausschusssitzung vor der Stadtverordnetenversammlung stattfindet, während es in den letzten Jahren immer zwei waren.

TOP 8.3 Grundsatzbeschluss zur Freiflächenplanung (Vorplanung) Arrondierung 6/DS/629 Nordpark "Kleine Freizeit"

Herr Tschepe sagt, dass dem Ausschuss das Projekt nicht fremd ist. Der Nordpark „Kleine Freizeit“ wurde nach seiner Gestaltung von den Anwohnern **positiv aufgenommen**. Eine angrenzende Brachfläche soll nun zur Erweiterung und Angebotsverbesserung genutzt werden. Durch die Gestaltung würde auch eine Durchwegung geschaffen und dadurch die Durchlässigkeit im Quartier erhöht.

Für das Projekt sollen Fördermittel beantragt werden. Die Voraussetzungen zur Gewährung sind günstig. Eine Dringlichkeit der Umsetzung im Jahr 2018 besteht allerdings nicht. Ein Antrag auf Aufnahme in ein Förderprogramm mit einer besseren Quote wurde schon einmal 2017 gestellt. Das Projekt wurde damals nicht berücksichtigt. Ein erneuter Versuch soll 2018 erfolgen. Dafür sollen jetzt die **Voraussetzungen** durch die nächsten Stufen (Leistungsphasen 3 und 4) verbessert werden. Die vorgesehenen Ausgaben von 15.000 Euro sind hinsichtlich der besseren Förderquoten vertretbar.

Herr Starcken findet es einen guten und durchdachten Plan. Er würde weitere Fahrrad-Anlehnbügel auch an den normalen Bänken anregen und empfiehlt besser einheimische als exotische **Pflanzen** zu berücksichtigen. Rückzugsmöglichkeiten für Brüter sollten bestehen bleiben. Herr Wende kritisiert, dass nur wenige blühende Pflanzen geplant sind und empfiehlt auch mehr großwachsende Bäume zu pflanzen. Herr Tschepe sagt, dass im Innenbereichen bewusst kleinere Bäume vorgesehen sind, damit keine dunklen Ecken entstehen. Große Bäume sollen nur im Randbereich gepflanzt werden. Es werden auch Nachpflanzungen möglich sein. Die gepflanzten Birken sind teilweise nicht gut angewachsen, die Ursache dafür wird gegenwärtig gesucht. Herr Hemmerling empfiehlt das Pflanzen von Linden, welche auch für Insekten gut wären. Herr Tschepe nimmt die Anregungen mit.

Herr Wende fragt nach dem Sachstand des **Seniorenwohnprojektes**, welches in dem Bereich einmal angedacht war. Dieses Projekt wurde nicht bis zum Ziel geführt, wie Herr Tschepe ausführt, das Grundstück ist inzwischen an einen anderen Käufer veräußert worden.

Der Beschlussvorschlag wird einstimmig zur Annahme empfohlen.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung billigt die Vorplanung zur Freiflächengestaltung der Arrondierungsfläche Nordpark „Kleine Freizeit“ und beauftragt die Stadtverwaltung, die für die Genehmigungsplanung mit Kostenberechnung erforderlichen Planungsleistungen zu beauftragen.

Zustimmung Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 8.4 Grundsatzbeschluss zur Freiflächengestaltung (Vorplanung) Ketschendorfer Feldmark, hier: Bauabschnitt 1 zwischen Krausestraße und Lily-Braun-Straße

Herr Tschepe informiert, dass im Bebauungsplan Nr. 91 „Ketschendorfer Feldmark I“ eine Grünfläche vorgesehen ist. Diese ist Teil des später durchgehenden Grünzugs durch das Gebiet (Krausestraße–Bahnhofstraße). Hierdurch ist eine Fuß- und Radverkehrsverbindung geplant. Die Grünfläche ist Teil der **Ausgleichsflächen** für die Versiegelung durch Straßen und Gebäude. Der Grünzug soll entsprechend der Entwicklung der Abschnitte umgesetzt werden. Der erste zu realisierende Abschnitt liegt zwischen Krause- und Lily-Braun-Straße. Auf Anregung des Ausschusses wurden jetzt eine Beleuchtung und eine Bank am Weg ergänzt.

Herr Luban rät dringend, **Linden** zu pflanzen. In der Stadt gab es in den letzten Jahren große Verluste an Linden. Herr Tschepe nimmt die Anregung mit und ergänzt, dass anders als in Straßen, hier keine Proteste von Parkern über klebrige Blütenablagerungen zu erwarten sind.

Der Beschlussvorschlag wird einstimmig zur Annahme empfohlen.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung billigt die Vorplanung für den Bauabschnitt 1 zur Freiflächengestaltung der Grünfläche „Ketschendorfer Feldmark“ und beauftragt die Stadtverwaltung, die für den Ausführungsbeschluss erforderlichen Planungsleistungen zu beauftragen.

Zustimmung Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 8.5 Einfacher Bebauungsplan Nr. II "Seniorenwohnen Ehrenfried-Jopp- 6/DS/640 Straße" hier: Aufstellungsbeschluss

Frau Albrecht sagt, dass es sich um das Gebäude des alten Amtsgerichts handelt, welches der Eigentümer zu einem Seniorenwohnhaus weiterentwickeln möchte. Bei Zustimmung zum Aufstellungsbeschluss würde der Investor seine Planungen dem Gremium auch persönlich vorstellen. Das Vorhaben fügt sich nach Art der Nutzung nach § 34 BauGB in die Umgebung ein. Allerdings muss das **Maß der baulichen Nutzung** über einen Einfachen Bebauungsplan festgesetzt werden. Herr Tschepe ergänzt, dass am Standort bereits einige Projekte vorgesehen waren, welche aber nie zu Ende gebracht wurden.

Herr Wende hält den Standort nur **bedingt** für Seniorenwohnen **geeignet**, da er aus seiner Sicht zu weit von der Innenstadt entfernt liegt und die Kleinbahnbrücke ein wirkmächtiges Hindernis darstellen könnte. Er lobt ausdrücklich, dass in den Drucksachen Bemerkungen zum Klimaschutz getroffen werden, äußert aber auch die Bedenken, dass die Ausführungen zu Worthülsen verkommen. Er meint, es wären mehr Aussagen zu baulichen (Klimaschutz-)Maßnahmen möglich.

Herr Fischer findet, dass die Bewertung der Lage immer eine Ansichtssache sei. Möglicherweise werden spätere Nutzer aus der direkten Umgebung stammen, welche dann nicht weit weg von ihrem angestammten Quartier wohnen blieben. Allgemein kritisiert er die dreigeschossige Planung, da sie sich nicht in die Umgebung mit den Einfamilienhäusern einpassen wird. Da ihm zu viele konkrete Aussagen fehlen, würde er die **Vorstellung vor dem Beschluss** bevorzugen und beantragt die Vertagung des Aufstellungsbeschlusses. Herr Tschepe sagt, dass grundsätzlich nichts gegen eine Projektvorstellung vor dem Beschluss sprechen würde, eine Zustimmung aber dem Investor als Orientierung dienen könnte. Prinzipiell besteht ein Baurecht für den Investor, fraglich ist nur die Aufstockung des Gebäudes. Herr Almes meint, dass die Anwohner frühzeitig am Prozess beteiligt werden sollten.

Es wird über Herrn Fischers Antrag der Vertagung abgestimmt. Der Antrag wird mit zwei Ja- und sechs Nein-Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt.

Der Beschlussvorschlag wird zur Annahme empfohlen.

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt gemäß § 2 Abs. 1 BauGB die Aufstellung des Einfachen Bebauungsplanes Nr. II „Seniorenwohnen Ehrenfried-Jopp-Straße“ für das Gebiet der Flurstücke 453, 473, 544 der Flur 95; Gemarkung Fürstenwalde/Spree.
2. Der Bebauungsplan soll als Einfacher Bebauungsplan der Innenentwicklung gemäß § 13 a Baugesetzbuch ohne Umweltbericht aufgestellt werden.

Zustimmung Ja 8 Nein 1 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 9 Informationen der Verwaltung

Herr Tschepe informiert, dass die **Lichtsignalanlage** an der Einmündung Bahnhofstraße in die August-Bebel-Straße erst nach witterungsbedingt verzögertem Aufbringen der Markierungen zum heutigen Tage in Betrieb genommen wurde.

Weiterhin führt er aus, dass im Dezember beschlossene Ergänzungen bei zwei Drucksachen problematisch sind, und erfragt die von den Abgeordneten gewünschte Vorgehensweise zum Zwecke der Änderung. Dies betrifft den Grundsatzbeschluss zum Ausbau der **Krausestraße**. Hier wurde beschlossen den Gehweg im nördlichen Teil nur auf der westlichen Seite zu bauen. Allerdings wurden die Grundstückskaufverträge mit den Käufern der östlichen Grundstücke in diesem Bereich derart gestaltet, dass den Käufern ein Gehwegbau auch auf der Ostseite zugesagt wurde. Daher muss dieser errichtet werden. Die Differenz zwischen Errichtung und Fortlassen entspricht ca. 1,22 Euro/m² Erschließungsbeitrag. Herr Tschepe schlägt zwei Varianten vor: Es könnte eine neue Be-

schlussdrucksache zur Korrektur eingebracht werden oder die Korrektur wird beim Ausführungsbeschluss berücksichtigt. Herr Fischer wünscht, dass er einen Kaufvertrag zu sehen bekommt, da er solche verbindlichen Aussagen für ungewöhnlich hält und sie auch nicht den getroffenen Vereinbarungen entsprechen. Er plädiert für eine neue Beschlussdrucksache. Dies entspricht dem allgemeinen Votum des Ausschusses.

Beim beschlossenen Einzelhandels- und Zentrenkonzept (EHZK) sorgt der Ausschluss der (heutigen) **Spree-Oberschule** aus dem zentralen Versorgungsbereich für Probleme, da die Herausnahme die Rechtmäßigkeit des Beschlusses als Ganzes infrage stellt. Die zentralen Versorgungsbereiche kennzeichnen mehr als nur Handelsstandorte. Hier werden auch ergänzende Funktionen wie z.B. Schulen eingeordnet. Der Ausschluss hätte in der Beteiligung benannt werden müssen, was nicht erfolgte. Daher müsste die Beteiligung wiederholt werden, wenn die Herausnahme nicht wieder rückgängig gemacht wird. Die Wiederhereinnahme stellt keine Entscheidung zur Nutzung des Grundstücks als Handelsfläche dar. Zudem kann die Stadt als Eigentümerin entscheiden, wie mit dem Grundstück nach Auszug der Spree-Oberschule umgegangen wird. Hier muss eine entsprechend zurückgeänderte Beschlussdrucksache beschlossen werden. Herr Wende merkt an, dass es die einzige Schulfläche mit Erwähnung im EHZK ist. Der Ansatz des Antrags seiner Fraktion zur Herausnahme war, dass der Standort definitiv nicht als Verkaufseinrichtung genutzt wird. Falls dies grundsätzlich beschlossen würde, spricht nichts gegen den Verbleib im Versorgungsbereich. Herr Tschepe bietet an, eine entsprechende Intention in der Drucksache zu verankern. Diesem wird allgemein zugestimmt.

Herr Tschepe sagt, dass eine Querungshilfe an der **Ecke Lange/Goethestraße** wegen des geringen Querschnitts und der begrenzten Verfügbarkeit städtischer Flächen nicht möglich ist. Die Einrichtung eines Fußgängerüberwegs setzt eine Zählung der Kfz und Fußgänger zum Nachweis des Bedarfes voraus. Herr Hoffrichter schlägt vor, nach dem erwarteten Versagen des Antrages in Widerspruch zu gehen. Herr Tschepe bemerkt, dass die Chancen eines Widerspruchs sehr gering sind, da es festgelegte Kriterien für einen positiven Bescheid gibt. Herr Wende verweist darauf, dass der Landrat in seiner Neujahrsrede die Bedeutung der Bürgerfreundlichkeit betont hat. In diesem Fall wäre möglicherweise der Dialog mit dem Landrat sinnvoll, damit dieser das Straßenverkehrsamt entsprechend anweist. Herr Tschepe fragt die Ausschussmitglieder danach, ob die Verwaltung einen Antrag ans Straßenverkehrsamt stellen soll, was dieser bestätigt.

Bei der gewünschten Querungshilfe bei der **Hangelsberger Chaussee** liegen die Hürden noch höher, da die Stadt Fürstenwalde/Spree hier nicht Straßenbaulastträger ist. Ende Januar wird es einen Gesprächstermin mit dem zuständigen Landesbetrieb Straßenwesen zum Thema geben, dessen Ergebnisse werden präsentiert.

TOP 10 Behandlung von Anfragen von Mitgliedern des Ausschusses

Herrn Benz hat eine E-Mail-Anfrage zum Strauchschnitt im **Dorothea-von-Reppen-Weg** erreicht. Hier wurde etwa die Hälfte der Sträucher abgeschnitten und es wird nach dem Hintergrund gefragt. Herr Tschepe will dies klären lassen und die Information nachreichen.

Auch Herr Wende berichtet, dass ihn im Zuge des Glühweinpfeifens auf dem Marktplatz einige Fragen erreicht haben. So wurde kritisiert, dass der **Regionalbus** Richtung Müncheberg am Bernhardinum immer etwa 10 Minuten vor dem Schulschluss abfährt und die darauf angewiesenen Schüler daher lange auf den nächsten warten oder den Unterricht eher verlassen müssten. Hier kam die Frage auf, inwieweit die Stadt Fürstenwalde/Spree von diesem Problem Kenntnis hat und möglicherweise versuchte, ihren Einfluss bei der Anmeldung des Fahrplanes auszuüben.

Des Weiteren wurden Herrn Wende Probleme mit der **Entwässerung** an der Kreuzung Krausestraße/Emma-Reich-Straße vorgetragen. Nach Fertigstellung der Emma-Reich-Straße läuft ein Teil des Regenwassers in die Grundstücke der Anlieger an der Krausestraße. Eine diesbezügliche Anfrage an die Verwaltung wurde mit dem Hinweis auf den geplanten Ausbau der Krausestraße beantwortet. Da dieser nicht vor 2020 zu erwarten ist, sollten die bestehenden Probleme jetzt behoben werden, um keine unnötigen Konflikte zu erzeugen. Herr Tschepe informiert, dass in der Emma-Reich-Straße das

Regenwasser in Mulden entwässert wird. Hier hat vor wenigen Tagen ein Ortstermin stattgefunden, bei dem möglicherweise eine Lösung vereinbart wurde. Er wird diesem Thema nachgehen.

Die Probleme mit dem Elternverkehr zur **Kita Schmusebacke** in der Krausestraße und den daraus resultierenden Belästigungen der Nachbarn wurden im Ausschuss schon mehrfach benannt. Hier fragt Herr Wende, welche Aussagen im Beteiligungsverfahren bezüglich der Parkplatzsituation getroffen wurden bzw. ob es möglich wäre, die Straße nicht als Durchgangsstraße zu gestalten, um den Verkehr zu begrenzen. Herr Tschepe sagt, dass die Straße keine reine Anliegerstraße ist und aus diesem Grund nicht als verkehrsberuhigter Bereich oder Sackgasse gestaltet werden kann. Sie dient auch dem Zubringerverkehr zu den Anliegerstraßen. Daher ist hier eine Trennung zwischen Fahrverkehr und Gehweg vorgesehen. Zur Begrenzung des Verkehrs bzw. der gefahrenen Geschwindigkeit sind Einschränkungen bspw. in Form einer Querungshilfe am Grünzug genauso geplant wie neue Stellplätze für Eltern.

Herr Fischer fragt nach dem Sachstand beim Grundstück Uferstraße (**Baumwolle**). Hier stockt das Verfahren, sagt Herr Tschepe, da aus Krankheitsgründen das Verkehrsgutachten noch nicht fertig gestellt werden konnte. Zudem wird eine Aussage der oberen Denkmalschutzbehörde erwartet, da diese Signale zur Unterschutzstellung einzelner Gebäude gesendet hatte. Eine entsprechende Nachfrage der Stadt wurde bislang noch nicht beantwortet.

Herr Fischer fragt nach dem Sachstand beim Eckgrundstück **Hans-Thoma-/Leistikowstraße**. Hier wurde dem Bauordnungsamt mitgeteilt, dass ein Bebauungsplan aufgestellt wird und das Amt die Beurteilung um ein Jahr zurückstellen soll, führt Herr Tschepe aus.

Nach dem aktuellen Sachstand beim **Fones**-Vorhaben fragt Herr Fischer. Hier ist dem Fachbereich kein detaillierter Stand bekannt, sagt Herr Tschepe. Eine Entwicklung ist weiterhin vorgesehen. Die Stadt hat unlängst zur Klärung der möglichen Höhe der Windenergieanlagen bei den zuständigen Stellen wegen des Drehfunkfeuers in Steinhöfel (Flugsicherung) angefragt.

Herr Fischer fragt nach dem Sachstand Fachschule (**Aufbauschule**), da in der Präsentation zum TOP 8.2 schon Planungen ersichtlich waren. Herr Tschepe sagt, dass es intensive Gespräche des Investors gibt. Die Darstellung in der Präsentation stellt nur eine Ideenskizze dar, welche als Gesprächsgrundlage erstellt wurde. Einen konkreten Plan gibt es noch nicht.

Zu guter Letzt erkundigt sich Herr Fischer nach dem Sachstand der Planungen am **Ulanenring** (Reiterkaserne), welche dem Ausschuss bereits präsentiert wurden. Hier finden gerade Abstimmungen bezüglich der Erschließungsplanung statt, führt Herr Tschepe aus. Das beschlossene Erschließungskonzept, welches eine symmetrische Erschließung vorsieht, muss angepasst werden. Dazu muss auch mit dem Grundstückseigentümer auf der gegenüberliegenden Seite gesprochen werden. Weiterhin spielen auch Belange der Eigentümergemeinschaft Ulanenring mit hinein. Diese besteht aus vielen unterschiedlichen Parteien mit 39 Anteilen.

Herr Almes berichtet, dass **Busse** in Richtung Palmnicken ihren Weg über den Amselweg **abkürzen**, der nicht dafür ausgelegt ist. Dies ist bislang nicht bekannt, wird aber bei den zuständigen Stellen angesprochen, sagt Herr Tschepe.

Herr Almes kritisiert den **Winterdienst** auf dem Marktplatz. Die Bereiche um die Stände waren an den letzten Tagen stark vereist. Die Zuständigkeit dafür liegt grundsätzlich beim Hauptausschuss, bemerkt Herr Tschepe, weil dies ein Belang des Ordnungsamtes ist. Die Umsetzung durch den Kommunalservice liegt wiederum beim Fachbereich Stadtentwicklung. Hier könnten die Zuständigkeiten nach der Bürgermeisterwahl eindeutiger geregelt werden. Das Problem wird aber schon eher geregelt.

Herr Lehmann fragt nach der Ausführung der **Abwasserleitung** in der August-Bebel-Straße hinter dem Ketschendorfer Anger. Herr Tschepe sagt, dass dies eine alleinige Maßnahme des Zweckverbandes ist. Der aktuelle Stand wird nachgefragt. Herr Fischer ergänzt, dass Vertreterinnen des Zweckverbandes bei der Einwohnerversammlung ausgesagt hätten, dass der Zweckverband die Grundstücke als Innenbereich wertet und die Eigentümer entsprechend an den Kosten beteiligen will.

TOP 11 Beendigung des öffentlichen Teils der Sitzung

Der Vorsitzende beendet den öffentlichen Teil der Sitzung um 21:55 Uhr. Die Nichtöffentlichkeit wird hergestellt.

Jens-Olaf Zänker

Marco Witte

Vorsitzender

Schriftführer